

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en



Sozialdemokratie vor neuen Herausforderungen

Seit einhundertfünfzig Jahren, nämlich seit der Gründung der ersten Arbeiterbildungsvereine, hat die Sozialdemokratie, nur unterbrochen durch Verbote der Habsburger-Behörden und später der verbrecherischen faschistischen Diktaturen, im Interesse der arbeitenden Menschen gewirkt. In diesen vielen Jahrzehnten haben Sozialdemokraten niemals die Demokratie infrage gestellt, sondern im Gegenteil für ihre Weiterentwicklung gekämpft. Sie haben weder Diktaturen errichtet, noch haben sie Menschen verfolgt. Darauf können wir auch heute noch stolz sein. Leider überschattet die Tagespolitik diese grundsätzliche Erkenntnis immer wieder und deshalb ist das Wort von Bruno Kreisky: „Lernen Sie Geschichte!“ auch heute noch aktuell. Nur kommt es darauf an, wie man diese einfache Wahrheit den Menschen vermitteln kann. Das ist eine Kunst, mit der sich politische Führungsgruppen immer wieder neu auseinandersetzen müssen. Es gibt eine Erfahrung, dass Regierungsparteien sich von der Opposition während einer Vorwahlzeit nicht unter Zeitdruck setzen lassen sollen, sondern mit kühlem Kopf überlegen, was in einer besonderen Situation vorrangig und erfolgversprechend ist. Zusammenfassend kann man nur sagen, dass Werner Faymann als Bundes-

kanzler und Bundespartei vorsitzender eine richtige Politik im Einklang mit den Parteibeschlüssen in der gegenwärtigen Situation angepeilt hat: nämlich Prioritäten in der Europapolitik zu setzen und innenpolitisch jene Klassen, die imstande sind, mehr für die Finanzierung der Bildungs- und der Sozialpolitik beizusteuern, in einem

litiker. Da muss die Sozialdemokratie reale Gegenstrategien entwickeln, die im Wahljahr auch in die Praxis umgesetzt werden können. Nun noch ein Wort zum vergangenen Parteitag: Man sollte ein Wahlergebnis, wie es auf dem Parteitag bei der Wahl des Parteivorsitzenden zustande gekommen ist, nicht überbewerten. Denn es wurden

viele andere Faktoren, die nicht mit den Schwerpunktthemen der Regierungspolitik, die im europäischen Vergleich besonders erfolgreich ist, zusammenhängen, in die emotionale Wahlentscheidung mit einbezogen. Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen haben zwei Resolutionen zu wichtigen Themen eingebracht, sie wurden einstimmig angenommen und sie gehören zu den Kernfragen unserer



Foto: SPÖ/LEHMANN

Blick in das Forum der Delegierten zum Bundesparteitag 2012 in St. Pölten, NÖ

höheren Maße heranzuziehen. Man denke auch daran, dass Werner Faymann der Erste war, der auf gesamteuropäischer Ebene die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer erhoben hat – eine Forderung, die ursprünglich als illusionär gegolten hat und die heute zum Inhalt einer neuen Politik in Europa zählt. Leider sehen viele Österreicher und Österreicherinnen diese neue Politik nicht ganz mit ihren eigenen Interessen verbunden, und das vor allem aufgrund des Einflusses gewisser Medien und verantwortungsloser Oppositions-

partei. Erstens: vor wichtigen Entscheidungen Diskussionen an der Basis führen, zweitens: im Zusammenhang mit der Wehrdebatte darf die Neutralität nie infrage gestellt werden. In diesem Sinn hat der Delegierte der Freiheitskämpfer/innen, Harald Ludwig, in der Debatte Stellung genommen. Nach dem kommenden Wahljahr muss der Diskurs weitergeführt werden. Eine neue, auch selbstkritische Programmdebatte muss zu den neuen Herausforderungen der Sozialdemokratie Stellung nehmen.

E.N. ■

Politische Gerichte in der NS-Zeit

Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 wurden Teile der österreichischen Justiz neu organisiert. Einerseits wurden Richter und Staatsanwälte aus rassistischen oder politischen Gründen von ihren Posten entfernt, andererseits NSDAP-Mitglieder bei der Stellenvergabe bevorzugt und besonders in politischen Verfahren eingesetzt. Außerdem wurde die deutsche Gerichtsorganisation übernommen, d. h. der Volksgerichtshof, die Besonderen Senate beim Oberlandesgericht, die Sondergerichte bei den Landgerichten, die Militärgerichte, die SS- und Polizeigerichte sowie zu Kriegsende die Standgerichte. Neu war auch, dass die Staatsanwaltschaften – und nicht mehr die Gerichte – die aktenführenden Behörden waren und damit die Aufsicht über den Strafvollzug hatten. Im Gebiet des ehemaligen Österreichs blieb in weiten Teilen der Justiz das „österreichische“ Strafrecht gültig (auch in den an die Gaue „Oberdonau“ und „Niederdonau“ angeschlossenen tschechoslowakischen Gebieten). Neu eingeführt wurde nur das reichsdeutsche politische Strafrecht. Dadurch mussten österreichische Richter nicht in allen Bereichen (bis zum kleinsten Bezirksgericht, später: Amtsgericht) die reichsdeutschen Strafgesetze kennen.

Die Oberreichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof

Mit der Verordnung vom 20. Juni 1938 über die Einführung der Vorschriften über Hoch- und Landesverrat im Lande Österreich wurde der nationalsozialistische Volksgerichtshof auch für Österreich zuständig. Damit galten auch hier die grundsätzlichen Regelungen der Abgabe von politischen Verfahren von der Oberreichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof an die Generalstaatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten. Die Ermittlungsarbeit gegen



Guillotine (Kriminalmuseum Wien – vermutlich jene, die in der Hinrichtungsstätte zum Einsatz kam)

des NS-Regimes lag bei Gestapo, Kriminalpolizei und den Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten. Die Ermittlungsergebnisse in politischen Strafsachen aus dem gesamten Deutschen Reich wurden bei der Oberreichsanwaltschaft am Volksgerichtshof bewertet. Viele der Ermittlungsverfahren gingen zurück in die Region und wurden vor Amts- (= Bezirks-), Land- (= Landes-) sowie Sondergerichten verhandelt – oder eingestellt. Die Oberreichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof entschied, welche politischen Straftaten von ihr selbst angeklagt oder an das Oberlandesgericht delegiert werden sollten. Für das ehemalige Österreich war das Oberlandesgericht Wien zuständig. Erst im Oktober 1944

wurde beim Oberlandesgericht Graz ebenfalls ein politischer Senat eingerichtet. Die Entscheidung, vor welchem Gericht der Fall verhandelt wurde, kam „einer Vorwegnahme des Urteils“ gleich. Denn ein Vergleich der Spruchpraxis des Volksgerichtshofs (Österreicher betreffend) mit jener der politischen Senate des Oberlandesgerichts Wien zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit eines Todesurteils bei einem Verfahren vor dem Volksgerichtshof bei etwa 40 % lag. Die Todesurteilsrate am Oberlandesgericht Wien lag bei unter 1%.

Der Volksgerichtshof

Der Volksgerichtshof (VGH) wurde im April 1934 errichtet und hatte seinen Sitz in Berlin.

Die Senate bestanden aus zwei Berufs- und drei Laienrichtern, die nach ihrer politischen Zuverlässigkeit (SA-, SS- und NS-Funktionäre) ausgewählt wurden. Diese verhandelten auch in anderen Städten, so auch in Wien. Prominentes Beispiel ist der 1942–1945 amtierende Präsident des Volksgerichtshofes Dr. Roland Freisler (30. 10. 1893 in Celle – 3. 2. 1945 in Berlin). Der Volksgerichtshof hatte in „Österreich“ mehr Kompetenzen als im „Altreich“. Sein Aufgabenbereich erstreckte sich neben Hoch- und Landesverrat auch auf weniger schwere Straftatbestände, wie etwa Beihilfe an den Verbrechen des Hochverrats und der Wehrmittelbeschädigung (§ 49a RStGB), unterlassene Anzeige einer in die Zuständigkeit des VGH fallenden Straftat (minderschwerer Fall § 139 Abs. 1 RStGB) und Wehrmittelbeschädigung (§ 143a Abs. 1 S. 1 RStGB). 1943 wurde die Zuständigkeit des Volksgerichtshofs auf Delikte wie u. a. Spionage, öffentliche Zersetzung der Wehrkraft oder vorsätzliche Wehrdienstentziehung erweitert. Von 2.137 vor dem Volksgerichtshof angeklagten ÖsterreicherInnen wurden 814 zum Tode verurteilt. Zumindest 681 dieser Todesurteile wurden auch vollstreckt. Mehr als zwei Drittel davon (451 Personen) wurden im Landgericht Wien durch das Fallbeil hingerichtet. Die restlichen Todesurteile wurden in weiteren Hinrichtungsstätten im Deutschen Reich (Landgericht Graz, Berlin-Plötzensee, München-Stadelheim und Brandenburg-Görden) vollstreckt.

Das Oberlandesgericht Wien

Um den Volksgerichtshof zu entlasten, hatte der Oberreichsanwalt die Möglichkeit, bei Hochverrat, Landesverrat oder Wehrmittelbeschädigung die Strafverfolgung an den Generalstaatsanwalt beim OLG Wien abzugeben. Zur Verhandlung und Entscheidung wur-

den beim OLG Wien sogenannte „Besondere Senate“ gebildet, die auch außerhalb Wiens verhandelten. Erst ab Oktober 1944 wurde neben dem OLG Wien auch das OLG Graz für die Reichsgaue Steiermark und Kärnten tätig. Die „Hoch- und Landesverratsenate“ waren zuerst mit fünf Berufsrichtern, ab 1939 mit drei Berufsrichtern besetzt. Ab 1942 konnte auch ein Einzelrichter mit Zustimmung des Staatsanwalts alleine Entscheidungen treffen. Am Oberlandesgericht Wien wurden etwa 1988 Verfahren gegen 4.163 Personen geführt. Die Besonderen Senate des OLG Wien verhängten mindestens 15 Todesurteile, sieben davon wurden im Landgericht Wien, eines in Graz vollstreckt. Im Gegensatz zum Volksgerichtshof war die typische Strafe am Wiener Oberlandesgericht Zuchthaus. Es sind auch etwa 10 % Freisprüche belegt.

Die Sondergerichte

Ab 1. September 1939 übernahmen die Landgerichte, ebenso wie im „Altreich“, alle Aufgaben eines Sondergerichts. Sondergerichte waren erst- und letztinstanzlich tätig. Alle strafbaren Handlungen konnten vor die Sondergerichte gebracht werden.

Ihre Zuständigkeit erstreckte sich vor allem auf:

- Vergehen nach dem Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutze der Parteiformen vom 20. Dezember 1934 und nach den §§ 34a und 134b RStGB,
- Verbrechen nach § 239a RStGB („Erpresserischer Kindesraub“) und nach dem „Gesetz gegen Straßenraub mittels Autofallen vom 22. Juni 1938“,
- Verbrechen nach der „VO über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939“,
- Verbrechen und Vergehen nach § 1 der „Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939“,
- Verbrechen nach § 1 der „VO gegen Volksschädlinge vom 5. September 1939“,
- Verbrechen nach den §§ 1 und 2 der „VO gegen Gewaltverbrecher vom 5. Dezember 1939“ und

- Vergehen nach § 130a („Kanzelmissbrauch“) RStGB.

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht konnte aber auch Verbrechen wie Diebstahl, Brandstiftung etc. am Sondergericht anklagen, wenn sie der Auffassung war, „dass die sofortige Aburteilung durch das Sondergericht mit Rücksicht auf die Schwere oder die Verwerflichkeit der Tat, wegen der in der Öffentlichkeit hervorgerufenen Erregung oder wegen ernster Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit geboten ist“. Die meisten Verfahren wurden wegen Verstößen gegen das Heimtückegesetz und gegen die Verbraucherschutz- und Kriegswirtschaftsverordnung geführt, gefolgt von Verstößen gegen das österreichische Strafgesetz (öStG) bzw. gegen die Rundfunkverordnung.

Reichskriegsgericht, Militärjustiz sowie SS- und Polizeigerichte

Das Reichskriegsgericht wurde am 1. Oktober 1936 gegründet. Es war sowohl gegen Militärangehörige als auch Zivilisten als erste und letzte Instanz in Strafsachen (Hochverrat, Landesverrat, Wehrkraftzersetzung [bereits ab 1940] und Kriegsdienstverweigerung) tätig. Damit fiel die Aburteilung religiös motivierter Kriegsdienstverweigerer in seine Zuständigkeit. Viele tausend Soldaten sowie Zivilisten wurden Opfer der NS-Militärjustiz; die Gesamtzahlen der Opfer der Militärjustiz sind jedoch nicht bekannt. Unter den 3.000 (nur gegen Österreicher) bekannten Urteilen ging es vor allem um Desertion. Darunter befinden sich über 420 Todesstrafen. Todesurteile gegen Wehrmachtangehörige wurden u. a. im Landgericht Wien durch Fallbeil oder Erhängen und auf dem Wehrmachtsschießplatz in Kagran durch Erschießen vollstreckt. 1939 wurden die SS- und Polizeigerichte, die sich eng an der Militärgerichtsbarkeit orientierten, eingeführt. Damit war der allgemeinen Justiz die Zuständigkeit für Vergehen und Verbrechen der Polizei und der SS entzogen.

Es wurden zwei Gerichtsebenen eingerichtet: (1) reguläre SS- und Polizeigerichte (§ 11 Verordnung vom 1. November 1939) sowie (2) das Oberste SS- und Polizeigericht in München, welches u. a. vergleichbare Aufgaben wie der Volksgerichtshof und das Reichskriegsgericht hatte.

Standgerichte

Das NS-Regime versuchte selbst noch bei Kriegsende seinen Zerfall mit allen Mitteln zu verhindern. Dazu wurden mit der Verordnung vom 15. Februar 1945 Standgerichte gebildet. Der Reichsverteidigungskommissar ernannte die Mitglieder des Gerichts und einen Staatsanwalt als Anklagevertreter. Urteile dieser Standgerichte konnten auf „Todesstrafe, Freispruch oder Überweisung an die ordentliche Gerichtsbarkeit“ lauten und bedurften der Bestätigung durch den Reichsverteidigungskommissar, der Ort, Zeit und Art der

Vollstreckung zu bestimmen hatte. Das Standgericht in Wien verhandelte offenbar keinen einzigen Fall.

Rücküberstellungen an die Gestapo

In vielen Fällen war der Leidensweg eines/einer Beschuldigten mit der gerichtlichen Verurteilung (auch bei Freisprüchen) bzw. der Verbüßung einer zeitlich begrenzten Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe noch nicht beendet. Die zuständige Gestapo-Leitstelle konnte sogenannte „Rücküberstellungsscheine“ bei der Staatsanwaltschaft als Vollzugsbehörde hinterlegen. Diese regelten, dass die „Enthftung“ eines Gefangenen zu melden sei. Die Gestapo konnte dann entscheiden, ob ein Gefangener in Freiheit zu setzen oder in ein KZ zu bringen war.

Von Ursula Schwarz zur Verfügung gestellt ■

WIR GRATULIEREN

Seit den Anfängen der Freiheitskämpfer ist **Kurt Cizek** immer ein treuer Begleiter unserer Organisation. Seine Familie musste unter den Rassengesetzen der Nazis leiden. Sein Vater wurde in Auschwitz 1941 ermordet. Beruflich begann er eine Buchdruckerlehre und 1970 wechselte er zur Stadt Wien. Im freien Österreich 1956 konnte er von Rosa Jochmann als Mitglied geworben werden. In Brigittenau nahm ihn vor allem Erna Musik, eine Auschwitz-Überlebende, unter ihre Fittiche und er übernahm schließlich nach ihrem Tode von ihr die Funktion des Bezirksvorsitzenden. Er ist auch Mitglied des Wiener Landesvorstandes. In diesen Tagen feierte er seinen 75. Geburtstag, zu dem wir ihm herzlich gratulieren. Seine Aufgabe sieht Kurt Cizek, jungen Menschen die Zeitgeschichte näherzubringen. Er arbeitet mit dem Bezirksmuseum Brigittenau eng zusammen, in dem eine von ihm initiierte Ausstellung über die NS-Zeit zu sehen ist.

Eine weitere Jubilarin ist **Brigitte Pellar**, Mitglied des Bundesvorstandes, die am 22. September ihren 65. Geburtstag feierte. Sie kommt aus der wissenschaftlichen Arbeit im Rahmen der empirischen Sozialforschung und wirkte lange Zeit im ÖGB Verlag. Ab 1989 war sie als Direktorin für Bildung und Kultur in der AK Wien tätig. Zu ihren Veröffentlichungen zählen zahlreiche Publikationen über die Sozialpolitik und die Geschichte der Gewerkschaftsorganisation. Was für uns sehr bedeutsam ist, ist ihre Zusammenarbeit mit den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen. Wir gratulieren ebenso der aktiven Jubilarin.



„Misstraut den Grünanlagen“



Bild oben: Prof. Hannes Schwantner und Mag. Stella Avallone, Gesandte an der österreichischen Botschaft Warschau
Bild links: Gedenken beim Mahnmal in Treblinka

Im September 2012 fand unter der Leitung von Prof. Johannes Schwantner eine einwöchige Gedenkfahrt der „Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs“ mit einer Gruppe von 32 Personen (PädagogInnen, aktiven Antifaschist/inn/en und auch einem Zeitzeugen) zu den Gedenkstätten der ehemaligen Nazi-Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“ nach Ostpolen statt. „Aktion Reinhardt“ war der Deckname der Nazi-Faschisten im Rahmen der „Endlösung der Judenfrage“, mit der 1942 und 1943 beinahe die Gesamtheit der polnischen Jüdinnen und Juden vernichtet wurde. Drei Vernichtungsstätten, Belzec, Sobibor und Treblinka, wurden eigens und ausschließlich zum Zweck der Ausplünderung und Ermordung von mehr als zwei Millionen Menschen eingerichtet. In diesen drei Vernichtungslagern wurden

mehr Menschen ermordet als in Auschwitz-Birkenau. Über jeden einzelnen dieser Orte des Schreckens könnte ein eigener, ausführlicher Artikel geschrieben werden. Dafür ist hier nicht der Platz. Wir beschränken uns daher auf die Wiedergabe der erhaltenen Informationen und auf die Eindrücke der TeilnehmerInnen.

Verbrechen jenseits der Wahrnehmung?

Gemeinsam ist allen drei ehemaligen Vernichtungslagern ihre Lage in peripheren, fast menschenleeren Waldgebieten des damaligen Generalgouvernements bzw. des heutigen Ostpolens nahe den Grenzen zu Belarus und zur Ukraine. Man wollte keine unliebsamen Zeugen haben. Alle drei Lager wurden an wichtigen Bahnlinien errichtet, um die Massendeportation der Juden per Bahn möglichst „effizient“ durchführen zu können.

Das reichsdeutsche SS-Personal sammelte im Zuge des „Euthanasieprogramms T4“ in den Jahren davor einschlägige mörderische Erfahrungen. Unter den Tätern waren überdurchschnittlich viele „Ostmärker“, also geborene Österreicher, wie Odilo Globocnik, Franz Stangl oder Hermine Braunsteiner. Die Präzision der Todesmaschinerie, die Logistik des Mordens, die Kaltblütigkeit und Brutalität, mit der Millionen unschuldiger Menschen umgebracht wurden, schockierte alle TeilnehmerInnen der Reise. Alle drei Vernichtungslager wurden 1943, nach Beendigung der Aktion, dem Erdboden gleichgemacht und mit Bäumen bepflanzt, um die Spuren des Mordens zu verwischen. Die Leichen der Opfer wurden anfangs in riesige Massengräber geworfen. Die Entdeckung der Massengräber von Katyn mit den polnischen Opfern der sowjetischen Hin-

richtungsaktion 1940 hatte zur Folge, dass Himmler die Leichname wieder ausgraben ließ, um sie zu verbrennen und so Spuren zu tilgen. Die Totenruhe musste nach dem Krieg gegen „Goldgräber“ geschützt werden, die nach vergrabenen Schmuckstücken der Opfer suchten. Im Zuge der Gestaltung der Gedenkstätten wurden die Gräber mit massiven Betonfeldern überplattet.

In den Vernichtungslagern Sobibor und Treblinka kam es im Herbst 1943 zu Aufständen der Häftlinge, die versuchten, der Todesmaschinerie durch Flucht zu entkommen. In Sobibor konnten 300 Häftlinge fliehen, davon überlebten nur 50 das Kriegsende. In Treblinka beteiligten sich 840 Gefangene, 675 wurden während des Aufstands erschossen und nur 60 gelang die Flucht. Sie informierten nach ihrer Flucht, was in den Vernichtungslagern vor sich ging, und waren

nach 1945 wichtige Zeugen bei den Kriegsverbrecherprozessen. Im Herbst 2012 präsentierten sich die drei Gedenkstätten in unterschiedlichem Zustand: In Treblinka, nordöstlich von Warschau, und in Sobibor wurden die eindrucksvollen Denkmäler in den 1960er Jahren errichtet. Die dazugehörigen Museen aus den 1990er und frühen 2000er Jahren sind für die Bedeutung der Vernichtungsorte klein und die Texte in Sobibor nur auf Polnisch. Jünger und nach modernen Erkenntnissen der Gedenkstättenarchitektur und -pädagogik ist die 2004 neu eröffnete Gedenkstätte in Belzec gestaltet.

Die Gedenkstätte und das Museum im ehemaligen Konzentrationslager Lublin-Majdanek war die zuletzt besuchte Vernichtungsstätte. Die Gedenkstätte wurde bereits 1944 nach der Befreiung durch die Sowjetarmee errichtet und ist damit die älteste Europas auf dem Gelände eines ehemaligen deutschen Konzentrationslagers. In einem Gebiet von 90 Hektar befinden sich ca. 70 erhaltene Bauobjekte (Wachtürme, doppelte Stacheldrahtzäune, Häftlingsbaracken, Waschräume, Gaskammern und Krematorien). Am großen Denkmal legte die Gruppe einen Kranz nieder. Worte des Gedenkens sprachen Schwantner, die Vizebürgermeisterin der Stadt Lublin, der Direktor des Museums und Frau Gesandte Mag. Stella Avallone von der österreichischen Bot-

schaft in Warschau. Die Gedenkfahrt wurde von Mitarbeitern des staatlichen Museums Lublin-Majdanek begleitet. Deren inhaltliche Kompetenz und ausgezeichnete Deutschkenntnisse trugen wesentlich zum Gelingen der Fahrt bei. Die langen Busfahrten wurden zur Weiterbildung und Information genutzt. Es wurden DVDs gezeigt und passende Texte vorgelesen. Das Zitat im Titel des Artikels stammt von Heinz Knobloch. Während der Führung durch Lublin verwendete es der Museumsmitarbeiter. Er wies auf die große Grünanlage rund um die Burganlage hin. Bis 1942 befand sich dort das dicht bebaute Ghetto, das von den Nazis geräumt und dem Erdboden gleichgemacht wurde. Einzig eine immer leuchtende Straßenlaterne erinnert heute an die jüdische Gemeinde Lublins, des „Jerusalem des Ostens“, wie es einst genannt wurde.

Besonders die PädagogInnen, die an der Gedenkfahrt teilgenommen hatten, versicherten, dass sie die gewonnenen bedrückenden Informationen und Eindrücke an junge Menschen weitergeben werden. Sie wollen damit beitragen, der Erinnerung an das Terror- und Mordregime der Nazis eine Zukunft zu geben. So soll der Widerstandsgeist der Jugend gegen jede Barbarei geweckt werden, damit ähnliche Schrecknisse nicht mehr über die Menschen kommen.

Gerald Netzl, Alfred Kohlbacher ■



Eine Gruppe von TeilnehmerInnen der Arbeitsgemeinschaft in der KZ-Gedenkstätte Sobibor

An unsere Leserinnen und Leser

Wie schon in der letzten Ausgabe berichtet, hat uns Genosse Manfred Scheuch mitgeteilt, dass er aus den verschiedensten Gründen nicht mehr als geschäftsführender Redakteur zur Verfügung steht, aber weiterhin als Historiker Artikel liefern wird. Wir haben ihm bereits gedankt und freuen uns, dass es ihm gesundheitlich wieder besser geht. Als Ergebnis eines Jahres der Verschiebungen der Erscheinungstermine hat das Präsidium folgendes Redaktionskomitee beschlossen: Vorsitzender wie bisher Ernst Nedwed, geschäftsführender Redakteur: Peter Larndorfer, weiters: Alfred Kohlbacher, Gerald Netzl, Waltraude Lizen, Dieter Strobel (korrespondierendes Mitglied ÖÖ). Damit sind jene bisher aktiven Mitarbeiter des „Kämpfers“ einbezogen. Weitere Mitarbeiter aus allen Bundesländern sind herzlich willkommen.

Maier fordert Rechtsextremismusdatei für Österreich

Die EDV-technische Erfassung von rechtsextremistischen Gewalttätigkeiten wurde unter Innenminister Strasser eingestellt. Deshalb forderte anlässlich des Gedenkens an die Novemberpogrome SPÖ-Nationalratsabgeordneter und Mitglied des Kuratoriums des österreichischen Nationalfonds und des Entschädigungsfonds für die Opfer des Nationalsozialismus, Johann Maier, gegenüber dem SPÖ-Presseamt neuerlich eine Rechtsextremismusdatei für Österreich. „In Deutschland ging als Konsequenz der Taten der Zwickauer Terrorzelle, die für zahlreiche rassistisch motivierte Morde und andere Verbrechen verantwortlich sind, Mitte September die sogenannte ‚Neonazidei‘ in Betrieb.“ Die deutsche Politik verspreche sich von dieser Datei eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Behörden, sodass Taten wie jene der Zwickauer Terrorzelle zukünftig verhindert werden sollen, informierte Maier. „In Österreich existierte bis 2002 eine derartige Datei. Unter dem

Kabinett Schüssel II wurde diese von Innenminister Strasser aufgelöst. Seither gibt es in Österreich keine EDV-technische Erfassung von rechtsextremistischen Gewalttätigkeiten, obwohl die Zahlen hier durchaus einen Bedarf zeigen“, so Maier.

Maier legt in einer Anfrage an die Innenministerin die derzeit bekannte Faktenlage dar. Der Verfassungsschutzbericht 2011 zeigt, dass es 2010 im Vergleich zu 2009 einen Anstieg der rechtsextremistischen Anzeigen um 31,4 Prozent gab. Im Jahr 2011 nahmen die Anzeigen zwar wieder leicht ab, trotzdem waren sie mit 963 Anzeigen deutlich über dem Niveau von 2009 (791). „Im Lichte dieser Zahlen stellt sich die Frage, warum in Österreich eine Rechtsextremismusdatei wie in Deutschland nicht mehr geführt wird. Leider sind ‚rechte‘ Gewalt und Rechtsextremismus auch in Österreich kein Randphänomen. Ich orte daher dringenden Handlungsbedarf nach einer verfassungskonformen Rechtsextremismusdatei“, so Maier abschließend. ■

In Erinnerung an Hugo Pepper

Am 11. Oktober 2012 veranstalteten die SPÖ Hietzing und die Hietzinger Freiheitskämpfer für den am 1. September des Vorjahres verstorbenen Widerstandskämpfer, Lektor des Europaverlags, Bildungsreferenten des ÖGB und Bundesvorsitzenden der Freiheitskämpfer in der Zeit von 1992 bis 1995, Hugo Pepper, eine Gedenkveranstaltung im vollbesetzten großen Saal des Amtshauses Hietzing. Die ArbeitersängerInnen des Bezirks eröffneten die Veranstaltung. Stefan Schmid, Vorsitzender der Hietzinger Freiheitskämpfer, begrüßte die Gäste, u. a. die Witwe Edith Pepper und andere Familienmitglieder, und moderierte den Abend. Weggefährten von Hugo Pepper würdigten sein ereignisreiches politisches Leben, sein konsequentes Eintreten für die Ziele des demokratischen Sozialismus, sein stetes Bemühen, seine Erfahrungen und seine politischen Ideale an junge Menschen weiterzugeben, seinen kritischen Geist und seine Verdienste um die Pflege eines kulturreichen Lebens für die Klasse der arbeitenden Menschen. Kampflieder, vorgelesen von den ArbeitersängerInnen, Gedichte von Kurt Tucholsky, gelesen von der Schauspielerin Mercedes Echerer, und Filmsequenzen von Interviews mit Hugo Pepper zwischen den Referaten von Stefan Schmid und von Gerhard Schmid, dem Bezirksvorsitzenden der SPÖ 13, von Ali Kohlbacher in Vertretung

von Ernst Nedwed, der wegen einer Erkrankung nicht kommen konnte, sowie von Rudi Kaske, dem Vorsitzenden der Gewerkschaft vida, und von Julia Hess, der Vorsitzenden der SJ13, gaben dem Abend einen unvergesslichen und bewegenden Rahmen. Aus der Rede von Alfred Kohlba-

politischen Vorträgen, seinen antifaschistischen Seminaren und seinen Gesprächen mit Schülerinnen und Lehrlingen an Wissen und Erfahrung mitteilte, war authentisch und für alle verständlich. Er war zu Hause in der Welt der Bücher. Er kannte die Werke von Marx und Engels und anderer

verstand er als die autoritäre Form der bürgerlichen Herrschaft. Immer dann, wenn die Bourgeoisie ihre Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse auf demokratischem Wege nicht mehr sichern kann, dann greift das Bürgertum zum Mittel der Diktatur. So geschehen 1924 in Italien, 1933 in Deutschland, 1934 in Österreich, 1936 in Spanien, 1967 in Griechenland und 1973 in Chile. Allen Spielarten des Faschismus ist eines gemeinsam: der Hass gegen die Linken, gegen die organisierte Arbeiterbewegung. Die sozialistischen und kommunistischen Parteien wurden als erste verboten und zerschlagen und somit der stärkste Widerstand gegen die Diktatur ausgeschaltet.

Als Antifaschisten müssen wir diesen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus immer erkennen und dementsprechend handeln. Die gegenwärtige kapitalistische Krise ist der Humus für Rechtsextremismus und Neonazismus. Die in Europa zunehmende Gefahr von rechts und die zunehmenden rechtsextremen Gewaltakte erfordern unseren Widerstand. Ich sah in Hugo Pepper einen Sozialisten, der den Interessen unserer Klasse und der historischen Mission der ArbeiterInnenbewegung tief verpflichtet war unter dem Motto: „Nur der Widerspruch bewegt die Welt“ und so erhob Hugo Pepper immer auch dann seine Stimme, wenn es zu Fehlentwicklungen in unserer Partei kam.“ ■



Die TeilnehmerInnen der Erinnerungsveranstaltung im Festsaal des Amtshauses Hietzing

cher, die uns schriftlich zur Verfügung gestellt wurde, entnehmen wir folgende Passagen:

„Als voriges Jahr unser Genosse Hugo Pepper von uns gegangen ist, verloren die Antifaschist/innen, die jungen und die alten, und die Freiheitskämpfer/innen einen der bedeutendsten Mitkämpfer, Zeitzeugen und Lehrer. Hugo Pepper war ein begnadeter Redner. Seine Sprache war klar, kultiviert und was er bei seinen

sozialistischen und kommunistischen Klassiker. Er hat höchst verdienstvoll die Herausgabe des neunbändigen Werks von Otto Bauer betreut, des wohl bedeutendsten Vertreters des Austromarxismus. Und er liebte die Literatur, besonders das literarische Schaffen von Kurt Tucholsky. Hugo Pepper stand in seinem Denken und Handeln in der besten Tradition des Austromarxismus und der sozialistischen Kulturbewegung. Den Faschismus



DIE OPFER DES KAMPFES GEGEN DEN NAZIFASCHISMUS BLEIBEN UNVERGESSEN

Zum dritten Mal seit 2010 legte die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände im Rahmen der Feiern auf dem Heldenplatz ihre Kränze nieder. Bis 2010 war der Akt der Kranzniederlegung nicht öffentlich zugänglich. Es ist zu hoffen, dass der

Wunsch der Opferverbände erfüllt und im Zuge der Umgestaltung der Krypta und des Heldenplatzes auch der Weiheraum so gestaltet wird, dass auch eine Ausstellung über den österreichischen Widerstand, die öffentlich zugänglich ist, eingerichtet werden kann.



Resolutionen

1) Wesentliche Fragen, wie zum Beispiel das sogenannte Demokratiepaket, sollten in der Partei ausführlich diskutiert werden

Die Koalitionsregierung hat ein Demokratiepaket beschlossen, in dem Einsparungen und Rationalisierungen durch Reduktion der Zahl von Mitgliedern des Bundesrats und Abgeordneten zum Nationalrat sowie Einsparungen in den Landtagen und zum Teil in den Kommunen enthalten sind. Diese Maßnahmen wurden unter dem Einfluss der Medien, der Oppositionsparteien und des Koalitionspartners in Angriff genommen, obwohl dadurch weder eine Demokratisierung der Gesellschaft noch wesentliche Einsparungen erzielt werden können. Diese Maßnahmen wurden von Verfassungs- und VerwaltungsrechtlerInnen, insbesondere aber auch von Bundespräsident Heinz Fischer kritisiert. Leider konnten diese Maßnahmen

an der Basis unserer Partei nicht ausreichend diskutiert werden. So werden immer wieder Fragen gestellt, wieso gerade Bruno Kreisky die Demokratie auf breitester Grundlage gestellt hat. So wurde zum Beispiel im Jahr 1970 die Zahl der Abgeordneten erhöht, um eine möglichst gleichmäßige Vertretung der Wahlkreise zu erreichen. Wir wissen, dass die Situation heute anders ist als damals. In den 1970er Jahren gab es eine sozialistische Alleinregierung, heute sind wir gezwungen, auf den Koalitionspartner Rücksicht zu nehmen. Trotzdem wäre es gut gewesen, die Gesamtpartei mit den Problemen intensiver vertraut zu machen. Wir schlagen deshalb vor, dass bei ähnlichen Veränderungen grundsätzlicher Art in der Zukunft eine groß angelegte Informations- und Diskussionskampagne unter den sozialdemokratischen Mitgliedern vorgeschaltet wird, damit ein möglichst gemeinsamer Standpunkt erarbeitet werden kann.

2) Neutralitätsstatus muss unter allen Umständen aufrecht bleiben

Im Zusammenhang mit der Wehrdebatte und der vorgesehenen Volksbefragung kommen immer wieder Vorschläge aus dem bürgerlichen Lager für die Aufgabe des Neutralitätsstatus unserer Republik. Es gibt heute viele internationale Konflikte in der Welt, in denen neutrale Länder eine wichtige Rolle in der Friedenspolitik und in der Bündnisfreiheit spielen. Da die Neutralitätspolitik Österreichs nie nur im Sinne des

Ost-West-Konfliktes beschlossen worden ist, ist sie auch heute – die Entwicklungen der letzten Jahre beweisen es – ein wichtiger Schutzfaktor auf dem internationalen Parkett. Deshalb warnen wir vor einem gefährlichen Spiel mit der Aufgabe der Neutralität oder gar einer NATO-Vollmitgliedschaft. Österreich könnte dadurch nur verlieren und die Grundlagen seiner Politik in den Jahren seit der Niederlage des Nazifaschismus gefährden. Die Aufgabe des Neutralitätsstatus würde auf den breitesten Widerstand der österreichischen Bevölkerung stoßen. Wir müssen die Verteidiger der Neutralitätspolitik bleiben!

Zum Zusammenbruch der New Yorker Börse im Oktober 1929

Der 25. Oktober 1929 erschütterte die kapitalistische Wirtschaft – der Ausbruch einer Weltwirtschaftskrise war nicht aufzuhalten. Der Einbruch in allen Industrienationen war nicht zu stoppen. Die Arbeitslosigkeit stürzte Millionen Menschen in Elend und Not. Amerika als Hauptgläubiger der Welt begann seine Auslandsguthaben einzutreiben, die Hochkonjunktur der „Goldenen Zwanziger Jahre“ brach weltweit ein. Ausgehend von den Vereinigten Staaten, gerieten die nationalen Wirtschaften in verzweifelte Versuche, das Steuer herumzureißen – zumeist vergeblich. Auch Österreich musste die Folgen tragen, so war der Zusammenbruch der Creditanstalt, der größten Bank 1931, nicht aufzuhalten. Auch die Bodencreditanstalt, Eigentümerin großer Industriekonzerne und zugleich wichtiger Financier

der Heimwehr, musste Zahlungsunfähigkeit anmelden. Die Folgen für die Menschen waren brutal. In Österreich stieg bereits 1933 die Arbeitslosigkeit auf ca. 557.000 Arbeitslose. Massen von Jugendlichen fanden keinen Arbeitsplatz. Die Staatsschulden stiegen ins Uferlose. Der Völkerbund kontrollierte den Staatshaushalt der kleinen Republik. Hilflös wirkte der Versuch der Regierung, eine Zollunion mit Deutschland zu bilden. Er scheiterte am Veto Frankreichs. Ob eine Zollunion mit Deutschland unter diesen Verhältnissen sinnvoll gewesen wäre, ist sehr fraglich. Denn Reichskanzler Heinrich Brüning (Partei Zentrum) suchte einen anderen Ausweg: Er verordnete ein strenges Sparprogramm, weil er hoffte, dadurch eine Inflation zu verhindern. Was aber nicht zum Erfolg führte, das Gegenteil war der Fall: Zugleich wurde der Rest

der Konsumkraft noch verringert. Ebenso sank die Produktion. Das verschärfte in Deutschland nur die Krise, die Arbeitslosigkeit erreichte bereits 12 Millionen, die ohne Hoffnung ihr Leben fristeten. Die österreichische Eisenindustrie fiel auf den Tiefstand von 60 Prozent. In dieser tristen Situation erhielten die rechten Parteien, die die Demokratie ohnedies verachteten und deren Vertreter der Unfähigkeit und Untätigkeit ziehen, großen Auftrieb. In Österreich trat die Heimwehr, die einen „starken Mann“, am liebsten Starhemberg, an der Spitze sehen wollte, in Aktion. Bundeskanzler Dollfuß suchte den Weg zum autoritären Staat. In Deutschland waren die politischen Verhältnisse etwas anders. Millionen Arbeitslose strömten zu jenen Parteien, die ebenfalls nichts von Demokratie wissen wollten. Hitlers NSDAP bekam ebenso großen

Zulauf wie die KPD, die einander im Straßenkampf spinnefeind waren. Nachdem Hitler in München 1923 mit einem Putschversuch scheiterte und kurze Zeit zu Festungshaft verurteilt wurde, kam er aber 1928 frei und gründete seine Partei neu, hatte damit aber vorerst keinen Erfolg. Die Wende trat erst infolge der Wirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit ein. „Unsere letzte Hoffnung Hitler“ stand auf ihren Affichen. Bei der Wahl am 14. Juni 1930 gaben bereits mehr als 6,3 Millionen Wähler der Nazi-Partei ihre Stimmen, die Nazis waren nun zweitstärkste Partei im Reichstag. Und 1933 war Hitler an der Macht. Die Verzweiflung vieler arbeitsloser Menschen hatte dazu geführt, dass sie für Hitlers Versprechen „Arbeit und Brot“ auch eine Diktatur in Kauf nehmen würden.

Manfred Scheuch ■



Bemerkenswerte Konferenz der Sozialistischen Jugend Wiens

Unter diesem Motto stand die Konferenz der SJ Wien, die ganztägig am 20. Oktober 2012 in Floridsdorf stattfand. Mehr als 150 Delegierte aus den Wiener Bezirken sowie SJ-Vertreter aus mehreren Bundesländern nahmen an der gut organisierten und poli-

tisch höchst gehaltvollen Konferenz teil. Vizebürgermeister Genosse Michael Ludwig, Genosse Andreas Höferl, Sekretär des SPÖ-Landtagsklubs, und Junggewerkschafter Christian Peschek richteten solidarische Grußworte an die Versammelten. Ebenso Alfred Kohlbacher,

der in Vertretung von Genossen Ernst Nedwed die Grüße der Freiheitskämpfer/innen überbrachte und dafür dankte, dass die SJ Wien den Kampf gegen Rechtsextremismus, Faschismus und Neonazismus durch Schulungen, Seminare und Aktionen intensiviert hat. Dies sei aktuell von großer Wichtigkeit, da die tiefe kapitalistische Krise ein fruchtbarer Nährboden für Rechtsextreme und Neonazis bilde. Die leidvolle Erfahrung lehrt uns, dass Faschismus die autoritär-terroristische Form bürgerlicher Herrschaft ist. Immer dann, wenn die Bourgeoisie ihre Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse im Rahmen der Demokratie nicht aufrechterhalten kann, greift die bürgerliche Klasse zum Mittel der faschistischen Diktatur. Alle Spielarten des Faschismus haben eines gemeinsam: Zuerst muss die organisierte Linke zerschlagen werden, dann ist der Weg frei für Völkermord und Angriffskriege.

Die ausführlichen Berichte in den Konferenzunterlagen vermittelten ein Bild über die zahlreichen politischen Schulungen und Aktionen, über die Jugendarbeit der SJ bis hin zu Festen und Demos. Wichtiger Tagesordnungspunkt war die Neuwahl des SJ-Vorstands. Das Tagungspräsidium dankte den bisherigen Vorstandsmitglie-

dern, insbesondere Irini Tzaferis und Fabian Looman, für die geleistete Arbeit und ihr beispielgebendes Engagement für die SJ Wien. Der vorgelegte Wahlvorschlag wurde durch den Wiener SJ-Ausschuss beschlossen. Die KandidatInnen für den neuen Vorstand erläuterten, für welche Prioritäten sie sich einsetzen wollen. Die Kandidatin für den SJ-Vorsitz, Marina Hanke, hielt ein hervorragendes Referat, gekennzeichnet durch fundierte Kapitalismuskritik und Kritik am politischen Fehlverhalten, auch der SPÖ. Sie schloss mit den Worten: „Es bedarf einer starken Sozialistischen Jugend – und die können wir auch sein. Wir können sie sein, wenn wir uns unserer Verantwortung bewusst sind und unsere Inhalte und Forderungen überall publik machen. Wir können sie sein, wenn wir offen und lautstark gegen jegliche Form der Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung auftreten. Wir können sie sein, wenn wir zusammenarbeiten und Perspektiven zur Überwindung des Kapitalismus neue Ausstrahlungskraft und Wirkmächtigkeit verleihen. Wir wissen, woher wir kommen, und wir wissen, wohin wir gehen.“ Marina Hanke wurde mit 90,48 % zur Vorsitzenden, Ruben Mörth mit 95,24 % zum Landessekre-



Präsidiumsmitglied Alfred Kohlbacher überbrachte die Grüße der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen

tär gewählt. Alle anderen Vorstandsmitglieder erhielten mehr als 88% der Stimmen. 22 Resolutionen und Anträge zu Wirtschaft und Arbeit, politischer Ökonomie, Frauenpolitik, Umwelt, internationaler Politik und Organisations- und Statutenfragen wurden diskutiert und beschlossen. Besonders interessant und zukunftsweisend war die Leitresolution „Raus aus der Krise – Zukunft ist Sozialismus“. Wir Freiheitskämpfer/innen sollten alle Gelegenheiten nützen, auch weiterhin mit der Sozialistischen Jugend im Kampf gegen Rechtsradikalismus, Faschismus und Neonazismus zusammenzuarbeiten.

Ali Koblacher ■

Information an unsere Leser

In der nächsten Ausgabe des „Kämpfers“, die knapp nach der vorliegenden Nummer erscheinen wird, berichten wir über die Gedenkfeiern in den Bundesländern und über neue Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände sowie über neue Mahnmale und Erinnerungsstätten. Außerdem berichten wir über einige Buchneuerscheinungen. Die kurz nachfolgende Herausgabe der nächsten Nummer hat posttechnische Gründe. Wir bitten um Ihr Verständnis.

EHRENMITGLIED HANS PAWLIK 1914–2012



Wir haben Hans Pawlik noch vor unseren Augen, als er schon schwer gehbehindert doch noch zu den zentralen Veranstaltungen der Freiheitskämpfer/innen in Wien gekommen ist. Am 30. September 2012 ist er im 98. Lebensjahr stehend gestorben. Nunmehr kann man auf sein umfassendes Lebenswerk zurückblicken, in dem stets das Menschliche, das Wahrhaftige und das Erkennen im Mittelpunkt gestanden sind. Pawlik erlernte den Beruf des Schriftsetzers und trat frühzeitig der Buchdruckergewerkschaft bei. Er wurde Landesobmann der Gewerkschaftsjugend der grafischen Arbeiter sowie vorerst Mitglied und kurz darauf Landesvorstandsmitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) in Kärnten. In der austrofaschistischen Ära (1934–1938) wurde Hans Pawlik wegen seiner Arbeit für die in den Untergrund gedrängte Sozialdemokratie zu 18 Monaten schwerem Kerker verurteilt. An die österreichische Militärzeit schloss sich die Einberufung in die deutsche Wehrmacht an. Auch in der NS-Zeit machte er kein Hehl aus seiner sozialdemokratischen Gesinnung. Mit knapper Not entging er 1945 dem Todesurteil eines deutschen Militärgerichts unter dem SS-Ankläger E. Prix. Nach seiner Heimkehr im Jahr 1945 war er in der Druckerei Carinthia in Klagenfurt beschäftigt und widmete sich als Be-

triebsrat dem Wiederaufbau der grafischen Gewerkschaft. 1948 wurde er hauptamtlicher Landessekretär des ÖGB Kärnten und leitete die Kärntner Gewerkschaftsorganisation bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1975. Anschließend, von 1975 bis 1990, war Hans Pawlik Landesobmann des Kärntner Pensionistenverbandes und Landesvorsitzender des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer. Von 1953 bis 1975 gehörte Pawlik dem Kärntner Landtag an, dessen 3. Präsident er von 1965 bis 1975 wurde. Was uns besonders beeindruckte, war seine Arbeit an der Errichtung des Mahnmals der Opfer für ein freies Österreich in Klagenfurt-Annabichl und er schuf auch Grundlagen zur NS-Opfer-Gedenkkultur im Bundesland Kärnten. Aus seiner Feder stammen u. a. mehrere gewerkschaftshistorische Publikationen. Neben zahlreichen weiteren Auszeichnungen wurde Hans Pawlik für seine Verdienste das Große Goldene Ehrenzeichen der Republik Österreich verliehen. Er war Ehrenvorsitzender des Bundes der Soz. Freiheitskämpfer und wurde schon vor langer Zeit mit der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet. Er lebte mit seiner Frau Annemarie, ebenfalls Politikerin im Gemeinde-, National- u. Stadtrat, im Herzen von Klagenfurt. An seiner Bahre auf dem Zentralfriedhof Annabichl nahm LH-Stv. Peter Kaiser namens des Landes, der Partei und der Freiheitskämpfer Abschied vom treuen Sozialdemokraten. Der Landesvorsitzende des ÖGB Kärnten NR Hermann Lipitsch würdigte den Einsatz Pawliks für die arbeitenden Menschen. Für das Bundespräsidium der Freiheitskämpfer/innen nahm Peter Weidner an der Trauerfeier teil.

„Es wird geleugnet und verschleppt!“

Bereits im Sommer dieses Jahres kritisierten das Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) und das OÖ. Netzwerk gegen Rassismus und Rechtsextremismus (Antifa-Netzwerk) neuerlich den Umgang der Behörden mit den vor allem in Oberösterreich anwachsenden rechtsextremen Aktivitäten: „Leider werden braune Umtriebe von Behördenseite oft geleugnet oder verharmlost“, bemängelt MKÖ-Vorsitzender Willi Mernyi. „Beispielsweise haben Polizeisprecher in Wels und Braunau kürzlich behauptet, in ihren Bezirken gebe es keine rechtsextreme Szene – obwohl jeder Informierte das Gegenteil weiß.“

Mernyi erinnert auch an den Fall jenes Trauners, der seinen rumänischen Nachbarn erschossen hatte: Der Verfassungsschutz sprach noch Monate danach von einem „unpolitischen Nachbarschaftsstreit“ – trotz vorhan-

dener rechtsextremer Bekenner schreiben des Täters. „Die Strafjustiz erweckt nicht selten den Eindruck, menschenverachtende Hetze sei ein Kavaliärsdelikt“, stellt Netzwerk-Sprecher Robert Eiter fest. „Manche Neonazi-Prozesse werden ohne Engagement geführt und regelrecht verschleppt.“

Das MKÖ und andere antifaschistische Initiativen würden die zuständigen Ministerien immer wieder über bekannte rechtsextreme Umtriebe informieren und entschiedenes Einschreiten der Behörden fordern. Es sei höchste Zeit, dass die Ministerinnen Mikl-Leitner und Karl ihre politische Verantwortung wahrnehmen, fordert Mernyi im Namen des MKÖ. Netzwerk-Sprecher Eiter: „Kein ‚Nie wieder!‘ in den Gedenkreden der Politiker wird etwas nutzen, wenn die Behörden bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus versagen.“ ■



Bundesvorstand tagte im Renner-Institut/Altmannsdorf



V.l. n. r.: Gerhard Schmid, Herta Slabina, Josef Ostermayer, Hannes Schwantner, Ernst Nedwed beim Übergabe der Otto-Bauer-Plaketten im Bruno Kreisky Saal.

Am 12. September fand im Bruno-Kreisky-Saal des Renner-Instituts in Altmannsdorf die Konferenz des erweiterten Bundesvorstandes statt. Themen waren die Zusammenarbeit mit der Bundesbildungsorganisation und dem Renner-Institut sowie ein erster Bericht über das Finanztransaktionsgesetz und die Auswirkungen auf die Organisationen der Freiheitskämpfer/innen: Referenten waren der Vorsitzende Ernst Nedwed und Peter Dachsbacher von der Bundesgeschäftsstelle. Das Hauptthema lautete „Sozialdemokratie und Antifaschismus“, darüber sprach Staatssekretär Josef Ostermayer, der die Grundsätze der Sozialdemokratie zu dem für uns wichtigen Thema zusammenfasste und zur Diskussion stellte. Vorher war allerdings eine wichtige Ehrung angesetzt, nämlich die Übergabe der Otto-Bauer-Plaketten an Josef Ostermayer und an Gerhard Schmid, Bezirksvorsitzenden der SPÖ Hietzing und Mitarbeiter im Kabinett des Bun-

deskanzlers. Die sk berichtete darüber in einer Aussendung, die wir wie folgt übernehmen:

Wien (OTS/SK) – Der Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en Ernst Nedwed hat heute, Mittwoch, Staatssekretär Josef Ostermayer und Gerhard Schmid, Vorsitzender der SPÖ Wien-Hietzing, die Otto-Bauer-Plakette für besondere Verdienste im Kampf gegen Rechtsextremismus und Faschismus verliehen. Bei der Verleihung dieser höchsten Auszeichnung der Widerstandskämpfer dankte Nedwed Ostermayer und Schmid für ihren unermüdlichen Einsatz und ihre Unterstützung für die Arbeit der Opferverbände und ihren Kampf gegen jegliche faschistische Tendenzen und Hetze.

Nedwed hob besonders die zentrale Rolle Ostermayers bei der Lösung des Ortstafel-Konfliktes in Kärnten hervor. Hier habe Os-

termayer „eine wesentliche Rolle in der Vermittlung gespielt“. Josef Ostermayer bedankte sich bei der Übergabe der Otto-Bauer-Plakette „für diese ganz besondere Ehre“ und betonte die Wichtigkeit von Wohlfahrtsstaat und dem europäischen Sozialprojekt im Kampf gegen Hetze und Faschismus. Österreich sei mit seiner niedrigen Arbeitslosenquote, dem guten Wirtschaftswachstum und dem dualen Ausbildungssystem für Jugendliche ein Vorbild für ganz Europa. „Diese erfolgreichen Modelle müssen wir durch ganz Europa tragen“, betonte der Staatssekretär. Besonders jetzt – in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten für Europa – sei es notwendig, für die Stabilität des Euro und Europas zu kämpfen. Denn, so Ostermayer: „Europa bringt Frieden, Sicherheit und Arbeitsplätze. Und das nützt allen Österreicherinnen und Österreichern.“ Seine Familiengeschichte (Josef Ostermayers Großonkel war jenes 8-jährige Kind, das am 30. Jänner 1927 in Schattendorf

erschossen wurde) habe ihn, so Ostermayer, besonders geprägt und dazu beigetragen, dass er immer darum bemüht gewesen sei die Eskalation von politischen Konflikten zu verhindern und zwischen unterschiedlichen Zugängen und Parteien zu verhandeln. In seiner Rede erteilte der Staatssekretär all jenen eine klare Absage, die auf nationaler und internationaler Ebene nach „Sündenböcken“ suchen und Hass und Hetze schüren. Denn – ganz im Sinne der Denkschule Otto Bauers – müsse die Zusammenarbeit und der soziale Zusammenhalt im Mittelpunkt der Politik stehen. Gerhard Schmid betonte in seinen Dankesworten, wie „wichtig die Arbeit für die Sozialdemokratie im Sinne Otto Bauers sei“. Vor allem deshalb, weil man gemeinsam intensiv daran arbeite, dass die Schrecken der Vergangenheit niemals vergessen und das Gedenken an die Opfer erhalten werde. Auf Regierungsebene nannte Schmid beispielhaft das Gesetz zur Rehabilitierung der Opfer des Austrofaschismus und die Gruppe 40 am Zentralfriedhof. Hier sei man auf dem besten Weg, dass hier eine Gedenkstätte mit umfassender Betreuung errichtet werde. Schmid bedankte sich bei Nedwed und den Anwesenden für die große Ehre und versprach abschließend: „Ich werde auch weiterhin im Geiste und in der Verpflichtung Otto Bauers arbeiten.“ Bei der Otto-Bauer-Plakette handelt es sich um die höchste österreichische Widerstandskämpfer-Auszeichnung für besonderen Einsatz gegen Rechtsextremismus, Faschismus und Antisemitismus. Zu den Preisträgerinnen und Preisträgern zählen unter anderem Persönlichkeiten wie Rosa Jochmann oder SPÖ-Bundesparteivorsitzender Bundeskanzler Werner Faymann. sv ■

Wir gratulieren: Juli bis Oktober 2012

96. Geburtstag: Gertrude Ebenberger, Innsbruck; Valerie Langer, Wien. **93. Geburtstag:** Gertrude Scholz, Graz; Franz Danimann, Karl Leidenfrost, Emma Sassik, Heinrich Zabinsky, Wien; Franz Heidmeier, Wolkersdorf. **92. Geburtstag:** Leopoldine Feichtinger, Anna-Maria Praschl, Linz; Heinrich Salfenauer, Salzburg; Franz Weiss, Steyr; Maria Panek, Josef Zlesak, Wien. **91. Geburtstag:** Elsa Zillinger, Linz; Helene Faderny, Adelheid Holzinger, Horst Klammerth, Leopoldine Kredba, Michael Topainer, Heinz Vana, Hildegard Wondratsch, Wien. **90. Geburtstag:** Franz Bogataj, Klagenfurt; Angela Haslinger, Linz; Herta Venc, Schwechat; Johann Kaplan, Walter Kölnberger, Karl Mayerhofer, Ernst Pfandler, Helene Simku, Wien. **85. Geburtstag:** Olga Doblhofer, Linz; Ernst Reinwein, Paudorf; Reinhold Suttner, Perchtoldsdorf; Wilhelm Kern, Steyr; Ernst Friedl, Edmund Grasser, Hedy Mraz, Elfriede Pfeffer, Wien; Herbert Balcar, Wiener Neustadt. **80. Geburtstag:** Anton Doleys, Achau; Othmar Trofer, Bad Fischau; Franz Meerkatz, Hohe Wand-Stollhof; Franz Tikale, Korneuburg; Leopold Kronsteiner, Leonding; Herbert Lindner, Mannswörth; Oswald Helm, St. Pölten-Radlberg; Günther Horvath, Trumau; Rosa Behabetz, Liselotte Hansen-Schmidt, Leopold Jappel, Herta Novotny, Herbert Schachter, Helga Schneider, Elfriede Smykal, Wien. **75. Geburtstag:** Werner Huber, Forchtenstein; Johann Klawatsch, Lanzenkirchen; Margit Obermayr, Linz; Heinz Kuba, Mistelbach; BM a. D. Franz Hums, Mitterndorf/Fischa; Gertrude Jicha, Neufeld/Leitha; Helene Anderl, Kurt Cizek, Edwin Fann, Therese Huber, Cornelia Mascha, Felix Rausch, Alfred Reinisch, Herbert Schmidtmeier, Elfriede Tordy, Altbundeskanzler Franz Vranitzky, Helmut Wöginger, Margarethe Zillner, Wien.

Otto-Bauer-Plakette an den Landesvorsitzenden von Niederösterreich, NR Anton Heinzl

Für seine Verdienste um den aktiven Antifaschismus wurde der Landesvorsitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen Niederösterreichs, NR Anton Heinzl, vor kurzem mit der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet. Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter übergab die Auszeichnung im Rahmen eines politischen Referats und in Abstimmung mit den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen, die schon vor längerer Zeit die Ehrung beschlossen hatten. Bundesvorsitzender Ernst Nedwed musste sich für die Veranstaltung wegen einer Erkrankung entschuldigen. Kräuter hob in seiner Ansprache hervor:



V.l.n.r.: Robert Laimer, Heidemaria Onodi, Anton Heinzl, Günther Kräuter, Harald Ludwig, Renate Gamsjäger

„Besonders dem hartnäckigen Einsatz von Genossen Anton Heinzl, von Anbeginn seiner parlamentarischen Arbeit, für

die Rehabilitation der Opfer des Austrofaschismus ist die letztendlich heuer geglückte Gesetzwerdung der Rehabili-

tation zu verdanken.“ Anton Heinzl brachte bereits im Jahr 2000 einen entsprechenden Antrag zur Rehabilitation der juristischen Opfer des Austrofaschismus im Parlament ein, der jedoch mit der damaligen Mehrheit von FPÖ und ÖVP niedergestimmt wurde.

Anton Heinzl dankte für die ehrenvolle Auszeichnung mit dem Hinweis auf das große Erbe der von uns gegangenen Freiheitskämpfer/innen für Freiheit, Demokratie und Frieden in Österreich. Uns heutigen aktiven Antifaschist/inn/en ist dieses Erbe Auftrag, wachsam zu bleiben und die Bildungsarbeit der Arbeiterbewegung weiterzuführen.

Harald Ludwig ■



Hermann-Langbein-Symposium 2013

Das Hermann-Langbein-Symposium wurde 1996 zum Andenken an den Widerstandskämpfer und KZ-Häftling (Dachau, Neuengamme, Auschwitz) Prof. Hermann Langbein von Prof. Johannes Schwantner ins Leben gerufen. Hermann Langbein veranstaltete seit vielen Jahren Seminare für LehrerInnen, unter anderem das seit 1984 jährlich stattfindende LehrerInnenseminar „Ideologie und Wirklichkeit des Nationalsozialismus“. Dieses Seminar und der Aufbau des Seminars dienten als Vorbild und Grundstein für das Hermann-Langbein-Symposium. Aufgabe des Symposiums ist es, über die Verbrechen der Nazis aufzuklären und umfassendes Wissen und Informationen für die antifaschistische Aufklärungsarbeit

für LehrerInnen aller Schultypen anzubieten. Es können auch BesucherInnen an diesem Seminar teilnehmen.

Informationen zum Seminar

Das Hermann-Langbein-Symposium 2013 findet vom 15. bis 19. April 2013 in Linz an der AK Oberösterreich statt. Seminarnummer: 6013ARB001

Für ausgewählte Angebote (Veranstaltungen mit freien Plätzen und zusätzliche aktuelle Veranstaltungen) kann überdies eine Anmeldung während der Nachfrist (28. Jänner bis 9. Februar 2013) erfolgen.

Auschwitz und Krakau einst und jetzt

LehrerInnenfortbildungsseminar – PH Seminarnummer: 6013ARB002. Dieses Fortbil-

dungsseminar eröffnet die Möglichkeit einer intensiven und gleichzeitig persönlichen Beschäftigung mit dem Thema. Ziel ist der Besuch der Gedenkstätte Auschwitz als Beispiel der NS-Verbrechen, die Begegnung mit dem Leben in Polen anhand des Beispiels Krakau.

Die Fahrt beinhaltet die Auseinandersetzung mit dem Thema, Vorträge, Diskussionen und Gespräche.

- Eine Sonderführung durch die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau und das Treffen mit Mitarbeitern der Gedenkstätte stehen auf dem Programm, genauso wie der Besuch der nationalen Ausstellungen.

- Gedenkkundgebung an der „Schwarzen Wand“ im Stammlager und beim Internationalen Mahnmahl in Birkenau.

- Der zweite Schwerpunkt der Reise ist das Leben in Polen einst und jetzt. Bei einer Stadtführung werden die wichtigsten historischen Bauten besichtigt.

Informationen zum Seminar

Das Seminar Auschwitz und Krakau einst und jetzt 2013 findet vom 8. bis 12. Mai 2013 statt. Seminarnummer: 6013ARB002

Für ausgewählte Angebote (Veranstaltungen mit freien Plätzen und zusätzliche aktuelle Veranstaltungen) kann überdies eine Anmeldung während der Nachfrist (28. Jänner bis 9. Februar 2013) erfolgen.

Voranmeldungen und weitere Auskünfte, Infos und Programm:

thea@schwantner.com

www.langbeinsymposium.at

Einladung zur Präsentation des Hörbuchs von Käthe Sasso

Nicht nur in Worten, auch in der Tat. Käthe Sasso erzählt ihre Jugend im Widerstand. Box mit 3 Audio-CDs – 183 Minuten. Produktion: supposé Berlin 2012. ISBN 978-3-86385-003-6. € 29,80

Als 16-jährige Widerstandskämpferin wurde Käthe Sasso 1942 von der Gestapo verhaftet. Damit begann ihr dreijähriger Leidensweg, der durch mehrere Gefängnisse und ein Arbeitserziehungslager bis in das KZ Ravensbrück führ-

te. Angeklagt wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“, bewahrte nur das jugendliche Alter Käthe Sasso vor der Todesstrafe – die Mehrzahl ihrer KameradInnen wurden hingerichtet. Nach der Räumung des Konzentrationslagers Ravensbrück rettete sich 1945 Käthe Sasso gemeinsam mit einer Freundin durch Flucht aus dem Todesmarsch in Richtung Bergen-Belsen und konnte nach Wien zurückkehren.

Käthe Sasso erzählt von einer

glücklichen Kindheit in einem burgenländischen Dorf, der Schulzeit in Wien und der politischen Prägung durch das familiäre Umfeld. Nach dem frühen Verlust der Mutter hielt sie die Verbindungen zum Widerstand aufrecht; durch einen Spitzel wurde die Gruppe verraten. Die erschütternden Erfahrungen inmitten der Todeszellen und der monströsen Bestialität des Lagers, der Käthe Sasso ständig ausgeliefert war, zeigten eine außergewöhnliche Frau, deren

Mut des Herzens sie befähigt hat, sogar in aussichtslosen Situationen immer ihren Leidensgenossen beizustehen.

Montag, 7. Jänner 2013 um 19 Uhr in der Hauptbücherei am Gürtel, Urban-Loritz-Platz 2a, 1070 Wien (U6-Station Burggasse Stadthalle) Programm: Einleitung: Mag. Hannah Lessing (Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus)

Prof. Rudolf Gelbard im Gespräch mit Käthe Sasso ■

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Annemarie Hopfgartner, Ali Kohlbacher, Peter Larndorfer, Harald Ludwig, Johann Maier, Ernst Nedwed, Gerald Netzl, Manfred Scheuch, Hannes Schwantner, Ursula Schwarz, Susanne Vockenhuber, Eva Zeman **Grafische Gestaltung:** Bernhard Kettner **Lektorat:** Roswitha Singer-Valentin

IMPRESSUM: Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at **Produktionsleitung:** VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., Media Quarter Marx 3.2, Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien, Telefon: 524 70 86-0 **Fotos:** Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt, Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus **Zlnr.:** GZ 02Z033355M